

Familienverbände und Landeselternrat fordern Rechtsanspruch auf Schulferienbetreuung für Grundschul Kinder und verbesserte BuT-Leistungen für Schulbedarf

Hannover, den 07.07.2016. Die Arbeitsgemeinschaft der Familienverbände in Niedersachsen (AGF) und der Landeselternrat (LER) treten gemeinsam für eine bessere Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Kindererziehung im Grundschulalter ein. Stefan Bredehöft, Vorsitzender des LER, sagte heute in Hannover: „Trotz vieler Verbesserungen bei der Kinderbetreuung ist die Ferienbetreuung in der Grundschulzeit ein ungelöstes Problem. Einen Hortplatz haben nur ca. 11 % der Grundschul Kinder, alle anderen müssen 13 Wochen im Jahr in den Ferien betreut werden. Das ist für die meisten Eltern ein echtes Problem, da doppelte Erwerbstätigkeit die Regel ist und niemand so viel Urlaub hat. Für Alleinerziehende ist es noch schwieriger für diese langen Ferienzeiten gute Lösungen zu finden.“ Bernd Heimberg, Vorsitzender der AGF, ergänzt: „Bei Paarfamilien können sich die Eltern zwar abwechseln, aber gemeinsamer Urlaub ist enorm wichtig für den Zusammenhalt der Familie. Es geht nicht darum, die Kinder weg zu organisieren, sondern verantwortungsvolle Erziehung und existenzsichernde Erwerbstätigkeit besser zu vereinbaren. Wir setzen auf einen Rechtsanspruch, weil sich nur dann etwas bewegt. Das zeigen die Erfahrungen mit dem Betreuungsausbau im Kindergarten- und im Krippenbereich.“

Das zweite Thema, das die Verbände beschäftigt, sind die hohen Kosten des Schulbedarfs. Eine aktuelle Studie des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Evangelischen Kirche in Deutschland belegt, dass die Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) viel zu niedrig sind. Den Kosten in Höhe von durchschnittlich 153 Euro steht eine Leistung von 100 Euro gegenüber, wobei es bei der Einschulung und beim Wechsel auf die weiterführende Schule zu Kosten von 250 Euro und mehr kommt. „Die Eltern müssen sich die Differenz buchstäblich vom Munde absparen. Bei so etwas Grundlegendem wie der Ausstattung für die Schule muss die Politik dringend mehr Energie in die Armutsbekämpfung investieren. So werden die Kinder aus weniger wohlhabenden Familien systematisch benachteiligt“, unterstreicht Bernd Heimberg. Stefan Bredehöft betont: „Wenn es die Landesregierung mit der Bekämpfung der Kinderarmut ernst meint, muss sie nicht nur im Bundesrat aktiv werden, sondern selber Mittel bereitstellen, solange die Rechtslage auf Bundesebene nicht verbessert ist.“

Nach Angaben des Landesamtes für Statistik Niedersachsen lebt in Niedersachsen jedes siebente Kind von Mindestsicherungsleistungen (ca. 170.000). Nach Schätzungen wären etwa 300.000 Kinder BuT-berechtigt.

Kontakt: Stefan Bredehöft, Tel.: 0174 7654624, E-Mail: elternrat@bredehoeft.biz

Bernd Heimberg, Tel.: 0511-3604-265, E-Mail: bernd.heimberg@diakonie-nds.de